



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

1010 Wien, Herrengasse 7, Büroadresse: 1030 Wien, Hintere Zollamtsstraße 1

E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG

vom 18. und 19. Februar 2026

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 30 Versetzungen beschlossen.

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 31 Planstellenbesetzungen beschlossen.

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

FSG im ZA

Antrag auf Erweiterung der Trageerlaubnis bzw. der Bezugsberechtigten für die Regenjacke LVA mit Signalfarbe gelb auch für die Bediensteten der Verkehrsinspektionen;

Antrag auf Beibehaltung der erreichten Punkte im Zuge des Aufnahmeverfahrens für den Polizeigrundausbildungslehrgang (E2b) bis zur Einberufung des übernächsten Kurses in den jeweiligen LPDen auf Antrag der Bewerber;

Antrag auf enge Einbindung der Personalvertretung bei der geplanten „Erprobung“ des Dienstzeitmanagements – NEU;

AUF im ZA

Antrag auf Korrektur und Aktualisierung der Angaben zu den Verdienstmöglichkeiten – insbesondere auch im Hinblick auf das geplante Dienstzeitmanagement DZM – auf der Seite www.polizeikarriere.at;



FA Kärnten:

Antrag betreffend der Problematik bei Planstellenbesetzungen bei der LLZ Kärnten, insbesondere bei E2a/1 Planstellen;

FA Oberösterreich:

Antrag auf Gewährung der großen RGV-Pauschale gem. § 39/2/1 RGV für die Spuren-sicherungsbeamten jener KAD-Dienststellen, die für mehrere Verwaltungsbezirke zuständig sind;

FA Tirol:

Antrag auf Abänderung der bestehenden Regelung hinsichtlich der Uniformierungs-richtzeiten in Bezug auf die Bestellung beim BMI-Webshop;

Antwortschreiben

BMI – Antwortschreiben zum Antrag des FA Steiermark betreffend Bewertungs-verbesserungen von E2a-Planstellen im LKA, LKAAT, LSE und SPK Graz-KR;

Der gesamte kriminalpolizeiliche Bereich der Landespolizeidirektionen wurde im Rahmen des Projektes Kriminaldienstreform 2.0 vollumfassend evaluiert und analysiert. Auf dieser Grundlage wurde ein umfassendes Konzept zur Neuorganisation des Kriminaldienstes der Landespolizeidirektionen erarbeitet.

Mit der Einführung des Kriminalassistenzdienstes bei den Bezirks- und Stadtpolizei-kommanden wurde der erste Schritt der Reform umgesetzt.

Die Aufgaben des Staatsschutzes wurden projektbezogen evaluiert; das Personaleinsatzkonzept für die Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung befindet sich bereits in Umsetzung und soll bis Ende des ersten Quartals 2026 abgeschlossen sein.

Für die weitere Umsetzung der Kriminaldienstreform 2.0 liegt derzeit noch kein Bewertungsergebnis vor. An der Realisierung wird gearbeitet.

BMI – Antwortschreiben zum ZA-Antrag betreffend Klarstellung offener Fragen in Zusammenhang mit der Inanspruchnahme einer Teilpension;

Die offenen Fragen sollen durch das bereits bestehende Rundschreiben des Bundeskanzleramtes beantwortet werden, da dort Verfahren und Berechnung der Teilpension detailliert dargestellt sind.

Der Gesetzestext und weitere Informationen sind unter folgenden Link abrufbar:

[RIS - ERL_BKA_20260205_2025_0_999_812 - Erlässe der Bundesministerien](#)

Unter Punkt II. Teilpension wird detailliert auf das Verfahren zur Erlangung der Teilpension sowie auf die Berechnung der Höhe dieser eingegangen.

Das Bundesministerium für Inneres ist nicht zuständig für die konkrete Berechnung von Pensionen oder Teilpensionen.



Die genaue Höhe einer Pension oder Teilpension wird immer individuell geprüft und berechnet – und zwar von der jeweils zuständigen Stelle.

Derzeit ist kein eigener Erlass zur Teilpension geplant. Das Thema wird jedoch weiterhin geprüft. Dabei wird laufend bewertet, ob überhaupt zusätzlicher Regelungsbedarf besteht und wenn ja, in welchem Umfang.

Info zum Thema „Dienstzeitmanagement-neu“

Der Erlassentwurf zur geplanten Änderung des Dienstzeitmanagements wurde nunmehr an den Zentralausschuss übermittelt.

Neben anderen Änderungen sind wesentliche Verschlechterungen zur DZR- LPD 2017 vor allem durch folgende Punkte offensichtlich:

-) keine vorgeplanten 24-Stunden Dienste mehr
-) Verrichtung von bis zu 48 Plandienststunden an bis zu drei Wochenenden
-) Verrichtung von JD-Stunden nur mehr in Verbindung mit Nachtdiensten
-) Wochenruhezeit von nur 35 Stunden (bisher 48) vor Planwochenenden

Der Erlassentwurf in dieser Form wird von allen im ZA vertretenen Fraktionen abgelehnt und ein Beratungsgespräch beantragt. Damit beginnen die Verhandlungen zum Dienstzeitmanagement der Landespolizeidirektionen 2026 (DZM – LPD26).

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 251 Schriftstücke behandelt.

Schadensfälle

Am 17.02.2026 wurden 42 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bereits mitgeteilt.

Mit kollegialen Grüßen

Martin HEINZL
Vorsitzender

Martin NOSCHIEL
Vorsitzender Stv.

Reinhold MAIER
Vorsitzender Stv.

